

INFORMATION

03. Dezember 2020



Appell für konsequenten Infektionsschutz in Bildungseinrichtungen Erklärung des Landesvorstandes der GEW Sachsen

Inzwischen sind die Infektionen mit dem Corona-Virus in unserem Bundesland auf einem solch hohen Niveau, dass die medizinische Betreuung schwer erkrankter Menschen ohne Verschärfung bisheriger Schutzmaßnahmen nicht mehr gewährleistet werden kann. Inzwischen ist Sachsen das Bundesland mit dem höchsten Inzidenzwert in der Bundesrepublik Deutschland. 10 der 13 sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte liegen aktuell über der kritischen Grenze von 200 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner*innen in sieben Tagen und unter den 15 Landkreisen mit den bundesweit höchsten Inzidenzwerten sind fünf sächsische Landkreise zu finden. (Stand 02.12.2020)

Während wir Bürgerinnen und Bürger verstärkt aufgefordert werden, Kontakte zu anderen Menschen auf das absolut nötige Minimum zu reduzieren, den Mindestabstand strikt einzuhalten, während Ausgangsbeschränkungen verfügt werden, Kultureinrichtungen geschlossen bleiben und viele Menschen trotz milliardenschwerer Förderprogramme um ihre wirtschaftliche Zukunft bangen, werden in unserem Bundesland politische Entscheidungen getroffen, die dafür sorgen, dass in Bildungseinrichtungen tagtäglich Massenveranstaltungen stattfinden.

Der zwischen Kultusministerium, Sozialministerium und kommunalen Spitzenverbänden abgestimmte „4-Stufen-Plan“ ist längst ohne Wirkung in die Schubladen von Verantwortungsträgern auf ministerieller und Landkreisebene verbannt worden. An die Zusicherung, mit ihm werde „schnelles und sicheres Handeln der Schulen und Kitas ermöglicht“ erinnert man sich genauso wenig wie an die Festlegung, dass bei einem „Neuinfektionsgeschehen im Umfang von über 50 Neuinfektionen [...] regelmäßig auch die Schließung von Schulen und Kitas/ Kindertagespflegestellen notwendig sein [wird]“. (www.bildung.sachsen.de/blog/)

In dieser schwierigen Zeit, in der Regierende zweifellos vor äußerst komplizierte Entscheidungen gestellt werden und in der sich im Gegenzug Querdenker und Rechtsextreme verbünden, fühlt sich die GEW Sachsen verpflichtet, Zusammenarbeit anzubieten und vor allem vertrauensbildend zu wirken. Deshalb haben wir allein in den vergangenen drei Wochen

- uns an den Ministerpräsidenten und die Sozialministerin gewandt,
- dem Kultusminister in einem Gespräch unsere Forderungen erläutert,
- die Mitglieder des Landtagsausschusses für Schule und Bildung angeschrieben,
- eine umfassende Stellungnahme zur neuen Sächsischen Corona-Schutzverordnung abgegeben,
- uns mit Vertreter*innen von Landeschülerrat und Landeselternrat sowie mit Wissenschaftlern ausgetauscht.

Wir sind erschüttert, in welchem Maße wissenschaftliche Erkenntnisse und Hinweise des Robert-Koch-Institutes zum Infektionsgeschehen bei Kindern und Jugendlichen missachtet werden. Wir sind entsetzt, dass unsere Vorschläge und Angebote gegenwärtig genauso ignoriert werden, wie einst unsere Warnungen vor einem zu erwartenden Personalmangel, dessen Bekämpfung bis heute trotz erheblicher finanzieller Mehraufwendungen nur unzureichend gelingt. Und wir sind nicht zuletzt enttäuscht darüber, dass wir den politisch Handelnden in unserem Bundesland immer weniger vertrauen können.



- Kein einziger der besonders betroffenen sächsischen Landkreise war bereit, außer der Schließung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Einschränkungen im Bildungsbereich zu verfügen.
- Erzieher*innen, deren Arbeit existenziell für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, werden auch neun Monate nach Ausbruch der Pandemie keine freiwilligen anlasslosen Corona-Tests gewährt.
- Kinder und Jugendliche drängen sich auf ihrem Weg in die Bildungseinrichtungen und zurück vielerorts eng in Bussen und Bahnen zusammen.
- Die Abstandsregelungen bleiben in Bildungseinrichtungen grundsätzlich ausgesetzt.
- Halbe Klassen und kleinere Gruppen werden nicht zugelassen und die festen Klassen, zu denen Grundschulen nun endlich übergehen können, mischen sich in Horten.
- Einschränkende Maßnahmen werden in Höchstinzidenzgebieten für Kindertageseinrichtungen zum Teil gar nicht angeordnet und für weiterführende Schulen nicht automatisch wirksam.
- Es wird billigend hingenommen, dass sich sächsische Lehrkräfte mehr als dreimal häufiger infizieren als die Gesamtbevölkerung (landesweite Daten zu Pädagogischen Fachkräften in Kitas liegen nicht vor).

Wir, die Mitglieder des Landesvorstandes der GEW Sachsen, appellieren an die sächsische Landesregierung sowie an die Verantwortlichen in den Landkreisen und kreisfreien Städten, dem Infektionsschutz im Bildungsbereich endlich die gebührende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Dabei geht es uns nicht um eine dauerhafte Schließung von Einrichtungen, sondern darum, sie perspektivisch offen zu halten. Wir alle haben nicht zufällig einen pädagogischen Beruf gewählt. Wir alle wissen sehr genau, wie wichtig gute Arbeit in Krippen, Kindergärten, Horten, Heimen, in der Kindertagespflege und in Schulen für Eltern und vor allem für Kinder und Jugendliche ist. Wir haben kein Interesse daran, uns für die politischen Versäumnisse bei der Digitalisierung in Haftung nehmen zu lassen. Wir sind uns unserer Verantwortung und auch der finanziellen Sicherheit durchaus bewusst, die eine Beschäftigung im Öffentlichen Dienst oder bei einem durch diesen (mit-) finanzierten Träger gewährleistet.

Auch wir wünschen uns, unbeschwert ohne Mund-Nasen-Bedeckung in Präsenz Kinder und Jugendliche bilden zu können. Natürlich sorgen auch wir uns um diejenigen, die abgehängt werden, weil sie zu Hause nicht die erforderliche Hilfe bekommen und wir sind sehr gespannt, ob der Freistaat in deren gezielte Förderung künftig entschieden investiert.

Wir halten es allerdings inzwischen für fahrlässig und verantwortungslos, wie zögerlich und inkonsequent trotz gravierend steigender Infektionsfälle in sächsischen Kindertageseinrichtungen, Horten und Schulen gehandelt wird, in denen tagtäglich hunderttausende Kinder, Jugendliche und Beschäftigte zusammenkommen, die mit weiteren hunderttausenden Angehörigen zusammenleben.

Weil die Landesregierung nicht bereit ist, alternative Bildungsangebote ernsthaft in Erwägung zu ziehen, weil nicht anerkannt wird, dass Abstriche an den Betreuungs- und Bildungsangeboten in der gegenwärtigen Situation unvermeidlich sind, sorgt am Ende das Virus für die Schließung von Kitas und Schulen. Der Preis dafür sind nicht nur ggf. schwere gesundheitliche Folgen für Betroffene, der Preis sind nicht nur erhöhte Belastungen für die Beschäftigten, der Preis besteht auch in weniger Bildungsgerechtigkeit und in weniger Verlässlichkeit für Kinder und Eltern.

Es reicht nicht aus, Bürgerinnen und Bürgern konsequentes und verantwortungsbewusstes Handeln in der Pandemie abzuverlangen. Auch die politisch Verantwortlichen müssen konsequent und verantwortungsbewusst handeln. Jetzt!

Leipzig, den 02. Dezember 2020